

Die Osterweiterung der Europäischen Union – Das Meinungsbild in Deutschland, der Tschechischen Republik und Polen und die möglichen Folgen

Dirk Baier & Susanne Rippl
Angela Kindervater & Klaus Boehnke

1. Die Osterweiterung – (k)ein Thema für die Soziologie?

Der soziale Wandel von Gesellschaften ist seit nunmehr weit über 100 Jahren der wichtigste Gegenstand der Soziologie (vgl. Scheuch 2003). Feudalgesellschaften entwickelten sich zu Industrie- und diese seit einigen Jahren zu Dienstleistungs-, Informations- oder Wissensgesellschaften. Der damit verbundene Strukturwandel hat zahlreiche negative Effekte hervorgebracht. Gerade weil es die negativen Seiten des Wandels gab und immer noch gibt, konnte die Soziologie ihre spezifische Perspektive entwickeln.

Beschleunigte Prozesse des sozialen Wandels sind aktuell auch im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union um zehn Länder (vornehmlich Osteuropas) zu erwarten. Dies betrifft natürlich in erster Linie die Beitrittsländer, die sich durch die Übernahme des *acquis communautaire* (Verträge und Gesetze der EU) in politischer und rechtlicher Hinsicht einem starken Konvergenzdruck ausgesetzt sehen. Daneben gilt dies aber ebenso für die bisherigen EU-Länder, in denen sich die Bedingungen nationalstaatlichen Handelns verändern werden – besonders im Bereich der Wirtschaft. Für diesen Bereich ist zudem in der letzten Dekade eine unter dem Schlagwort Globalisierung bekannt gewordene Entwicklung festzustellen: Die internationale Unternehmensverflechtung und Arbeitsteilung lässt das Agieren in den Grenzen des Nationalstaates als Anachronismus erscheinen und erschwert die Lösung dringlicher gesellschaftlicher Probleme. Obwohl sich die Soziologie mit der Globalisierung in sehr vielfältiger Weise auseinandersetzt (vgl. Junge 2001), ist die Europäische Union und ihre Erweiterung soziologisch kaum ein Thema (vgl. Bach 2001), was daran liegen dürfte, dass die soziale Relevanz dieses Projekts unterschätzt wird.

Sozialer Wandel, wie er durch die Osterweiterung forciert oder ausgelöst wird, verändert die bisherigen Verhältnisse auf drei unterscheidbaren Ebenen: Betroffen sind die gesellschaftlichen Strukturen, die sozialen Identitäten und die persönlichen Lebensumstände. Die *strukturellen Herausforderungen* geraten sofort in den Blick, wenn man sich ausgewählte statistische Indikatoren betrachtet: Steigende Arbeitslosenzahlen, zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit, Zunahme an bestimmten Arten der Kriminalität, interethnische Spannungen usw. sind bereits heute in vielen der bisherigen EU-15-Ländern ein Problem; mit der Erweiterung

wird eine Verschärfung dieser Zustände erwartet. Gleiche, teilweise noch drastischer ausfallende Verhältnisse sind auch in den Beitrittsländern zu beobachten: Erwähnt seien nur Arbeitslosenquoten und Beschäftigungsanteile in der Landwirtschaft von bis zu 20% (vgl. Weiß 2004). Der Bevölkerungszuwachs der mittlerweile vierten Erweiterung liegt in einem Bereich, wie er anteilmäßig nur durch die erste Erweiterung der EU 1973 um Dänemark, Irland und Großbritannien erreicht wurde. Mit diesem war aber zugleich eine deutliche Anhebung des Bruttosozialprodukts um 29% verbunden, da wirtschaftlich leistungsstarke Länder beitraten. Der wirtschaftliche Zuwachs beträgt bei der anstehenden Erweiterung aber gerade einmal 9%, das Bruttosozialprodukt pro Kopf geht zurück (vgl. Piazzolo 2002). Legt man die bisherigen Kriterien der EU zur Definition wirtschaftsschwacher Gebiete an, dann verdoppelt sich im Zuge der Erweiterung die Anzahl an rückständigen Regionen, was enorme Haushaltsprobleme nach sich zieht (vgl. Heidenreich 2003; Rothacher 2004). Diese wenigen Indikatoren verdeutlichen, dass die gesamte Union in ihrer bisherigen Struktur infolge der Aufnahme der osteuropäischen Länder vor großen Herausforderungen steht. Interne Verteilungs- und Machtkämpfe dürften das Ansehen der EU nicht nur nach außen, sondern auch nach innen, d.h. bei den eigenen Bürgerinnen und Bürgern schädigen.

Bei den Bürgern selbst scheint das Projekt eines gemeinsamen Europas bislang auch noch nicht wirklich angekommen zu sein. Ihm haftet nach wie vor das Etikett an, dass es von und für Eliten gemacht ist und damit nur die Köpfe weniger und die Herzen einer noch geringen Anzahl von Menschen wirklich erreicht. Die Entwicklung einer *europäischen Identität*, die eine notwendige kulturelle Ergänzung zur wirtschaftlichen und politischen Integration darstellt und Ausdruck der affektiven und kognitiven Zustimmung zur Europäischen Union ist, macht seit geraumer Zeit kaum noch Fortschritte, stattdessen scheinen nationale und regionale Identitäten wieder zu erstarken (vgl. Westle 2003). Die Chancen auf die Ausbildung einer gemeinsamen europäischen Identität stehen durch die Aufnahme von zehn weiteren Ländern, in denen der Nationalstolz durchaus Tradition hat, nicht gerade bestens.

Auf der Ebene des konkreten sozialen Zusammenlebens vor Ort könnte sich die neueste Erweiterungsrunde nicht zuletzt in *Angst und Desintegration* niederschlagen. Wandel wird von wenigen Menschen hoffnungsvoll erlebt, weil er in erster Linie bisherige Traditionen und Routinen entwertet und Neuorientierungen notwendig macht. Befunde zu den Ursachen sozialer Probleme wie Gewalttätigkeit und Rechtsextremismus verdeutlichen, dass es nicht immer auf die objektive Seite ankommt, sondern darauf, wie die Menschen einen Wandel wahrnehmen und interpretieren. Als bedrohlich wahrgenommene Veränderungen sind dann eine Legitimierung dafür, partikularistische, antidemokratische Einstellungen auszubilden, die sich auch in entsprechenden Handlungen niederschlagen können. Allerdings müssen dafür bestimmte Voraussetzungen gegeben sein, die sich entlang von drei Dimensionen ordnen lassen (vgl. Heitmeyer/Anhut 2000). Menschen können – grob zusammengefasst – davon abgehalten werden,

- an der Verteilung materieller Güter (z.B. Einkommen) teilzuhaben („funktionale Systemintegration“),
- an der politischen Gestaltung mitzuwirken („interaktive Sozialintegration“) und
- zufriedenstellende persönliche Beziehungen zu führen („expressive Sozialintegration“).

Einerseits kann der bestehende Ausschluss aus einem oder mehreren dieser Bereiche dafür verantwortlich sein, dass die Erweiterung ausschließlich als Bedrohung wahrgenommen wird; andererseits kann es entsprechend der erwähnten strukturellen Veränderungen zu weiteren Ausschließungen kommen. Beispielsweise steht die Gefahr im Raum, dass sich die Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt verschärfen. Zugleich ist die weiter wachsende Brüsseler Bürokratie für manchen Bürger ein Grund, sich aus der politischen Mitgestaltung ganz zurückzuziehen.

All diese Phänomene illustrieren die sozialen Implikationen der Osterweiterung und nötigen in ihrer hier bewusst gewählten negativen Formulierung dazu, sich auch soziologisch mit diesem Prozess auseinander zu setzen. Die Erweiterung ist kein Selbstläufer in Richtung Integration, wie dies verschiedene, meist politikwissenschaftliche Veröffentlichungen Glauben machen möchten. Sie hat auch ein ‚Desintegrationspotenzial‘. Erste Eindrücke über dieses Potenzial lassen sich aus Meinungsumfragen gewinnen. Mit dem Eurobarometer, einer halbjährlich durchgeführten Befragung in den Ländern der EU, kann man z.B. feststellen, dass die EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes von den meisten bisherigen EU-Bürgern befürwortet wird. Der Erweiterung stehen aber nicht nur die Deutschen kritisch gegenüber: Nur vier von zehn Deutschen sprachen sich Anfang 2004 explizit für diesen Schritt aus. Weiterhin findet sich, dass nur 3% der Deutschen eine uneingeschränkte europäische Identität besitzen. Der Gegenpol, das Aufrechterhalten einer ausschließlich nationalen Identität ist für fast 40% die Realität.

Das Eurobarometer ist aber nur eingeschränkt nützlich, da es eine in weiten Teilen festgelegte Befragung ist und wenig Raum für eine differenzierte Annäherung an das aktuelle Thema Osterweiterung lässt. Im Folgenden stehen deshalb Ergebnisse einer anderen Studie im Vordergrund, in der repräsentative Befragungen zur Osterweiterung in Deutschland, der Tschechischen Republik und Polen durchgeführt wurden.¹ Welches Bild haben die Deutschen tatsächlich von der Osterweiterung und was folgt möglicherweise daraus?

2. Die Osterweiterung – das Meinungsbild

Die vom Eurobarometer den Deutschen attestierte reservierte Haltung gegenüber der Osterweiterung ist zuallererst zu relativieren, da fast 70% der Deutschen in unserer Befragung dem Statement zustimmten „Ich bin für eine europäische Osterweiterung“. Das Eurobarometer fragt nur nach einem ‚Dafür‘ oder ‚Dagegen‘ und führt in dieser streng binären Form dazu, dass sich ein Fünftel der Befragten für keine Seite entscheiden kann. Zudem spricht es nur von ‚einer‘ Erweiterung, lässt also Genauigkeit vermissen. In unserer Befragung wurden beide Mankos behoben, d.h. es stand ganz konkret die Osterweiterung im Vordergrund und die eigenen Antworten konnten vierfach abgestuft werden (von „stimme gar nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“). Eine solch differenzierte Abfrage der Meinung enthüllt, dass es unter den Deutschen eine sehr breite Zustimmung für die Erweiterung gibt. Es existiert, so könnte man vermuten, eine Einsicht in die Notwendigkeit supranationaler Zusammenarbeit, die wirtschaftlich (z.B. einfacherer Marktzugang), vielmehr aber auch kulturell (konfliktfreies Europa) begründet wird.

Dennoch ist dieses eher optimistische Bild von zahlreichen Ambivalenzen durchzogen: Erstens sinkt die Zustimmung, wenn man danach fragt, ob sich die Osterweiterung auch positiv auf Deutschland auswirken wird – davon sind aber immer noch mehr als die Hälfte der Befragten überzeugt. Zweitens unterscheiden sich die Einstellungen bezüglich der verschiedenen Beitrittskandidaten: Dem Beitritt der Tschechischen Republik stimmen mehr Befragte zu als dem Beitritt Polens. Drittens ist die Einschätzung des Erweiterungsschritts von diversen Faktoren abhängig; zu nennen sind insbesondere das Bildungsniveau, die Europaidentifikation und der politische Standpunkt der Befragten. Beispielsweise stimmen von den Personen mit Abitur, mit Europa-Identifikation und einem eher linken politischen Standpunkt fast 90% der Erweiterung zu – bei ihren Pendanten (kein Abitur, keine Identifikation mit Europa, eher rechter Standpunkt) äußert sich nur noch jeder Dritte positiv über die Erweiterung. Viertens schließlich bringen die Befragten trotz genereller Zustimmung zur Erweiterung z.T. erhebliche Sorgen und Ängste gegenüber diesem Schritt zum Ausdruck. Dabei ist sicherlich auch davon auszugehen, dass nicht alle nachfolgend vorgestellten Sorgen einzig der Erweiterung geschuldet sind, sondern dass viele der derzeit anstehenden gesellschaftliche Veränderungen ihren Niederschlag in den Urteilen der Befragten finden. Strukturwandel, Arbeitslosigkeit, Globalisierung usw. fördern zusammen mit der Osterweiterung ein Klima der Unsicherheit.

Ganz oben auf der Agenda stehen deshalb nicht unerwartet die wirtschaftlichen Sorgen. Fast drei Viertel aller Deutschen gehen davon aus, dass es einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Zeit nach der Erweiterung geben wird und fast ebenso viele meinen, dass deutsche Firmen die neue Situation zur Abwanderung ins benachbarte Ausland nutzen werden. Obwohl für Deutschland insgesamt diese negativen Veränderungen perzipiert werden, bleibt die eigene persönliche Situation alles in allem eher unberührt, da nur jeder vierte Befragte glaubt, von einer Verringerung des Einkommens bzw. von eigener Arbeitslosigkeit im Zuge der Erweiterung betroffen zu sein.

Nach den Sorgen um wirtschaftliche Folgen kommt die Sorge um möglicherweise steigende Kriminalität. Fast zwei von drei Befragten gehen hiervon aus; etwa 40% äußern zudem, dass sie auch ganz persönlich mehr Angst vor Kriminalität haben werden als vor der Erweiterung. Dieser Bereich ist wohl wie kein anderer von Stereotypen geprägt, an deren Konstruktion die Medien einen Anteil haben dürften. Problematisch daran ist, dass die Angst vor Kriminalität beständig zu zunehmen scheint, ohne dass es einen realen Grund dafür gibt. Dieser Bereich führt uns sehr gut den Unterschied zwischen wahrgenommenen und tatsächlichen Bedrohungen vor Augen.

Nicht unwesentlich für die Bundesbürger sind antizipierte politische Veränderungen. Fast jeder Zweite geht davon aus, dass die Bürokratie weiter zunimmt und auch das eigene Leben weiter erschweren wird. In gleichem Ausmaß werden sinkende Einflussmöglichkeiten der Bürger auf die Arbeit der Regierung erwartet. Diese steigende Ohnmachterfahrung schlägt sich aber nicht eins zu eins in einer fallenden Partizipationsbereitschaft nieder, da nur jeder fünfte Befragte die Meinung vertritt, dass ein eigenes politisches Engagement überflüssig wird.

Eher geringe Auswirkungen der Erweiterung werden im kulturellen und sozialen Bereich erwartet. Etwas überraschend ist, dass kaum mehr als 30% der Befrag-

ten einen Zuzug von Menschen aus den neuen Mitgliedstaaten voraussehen, da diesem Thema in der Öffentlichkeit eigentlich verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Ebenfalls nur ein Drittel der Befragten geht davon aus, dass die eigenen kulturellen ‚Errungenschaften‘ (Sprache, Werte, Normen) negativ von der Erweiterung betroffen sind. Nur jeder zehnte Befragte erwartet in seinem ganz konkreten Umfeld Veränderungen, so z.B. dass man sich hier weniger sicher fühlen kann oder dass man weniger zufriedenstellende Beziehungen führen wird.

Westdeutsche und Ostdeutsche – in der Angst vereint?

Es lassen sich mindestens drei gute Gründe für die Annahme eines erhöhten Sorgenniveaus in Ostdeutschland nennen: Erstens haben die Ostdeutschen in den letzten 15 Jahren einen sehr anstrengenden und bisweilen auch enttäuschenden sozialen Wandel erlebt, so dass sie nicht mit allzu großem Optimismus eine erneute Veränderung erwarten dürften. Zweitens dürfte eine Konkurrenzsituation gerade zwischen Ostdeutschland und den Beitrittsländern bestehen. Dies gilt z.B. für die Gelder aus Brüssel (insbesondere die Wirtschaftsförderung), andererseits büßen die ostdeutschen Länder auch ihren immer noch bestehenden Lohnvorteil (niedrigere Löhne als Investitionsanreiz) gegenüber Westdeutschland ein. Drittens sind die Ostdeutschen geografisch gesehen ganz einfach auch an den Beitrittsländern und damit an den Veränderungen (Ausnahme Bayern) ‚näher dran‘; bspw. ist es für hier ansässige Firmen einfacher, Standorte in die Beitrittsländer zu verlagern.

Betrachtet man nur die Zustimmung zur Osterweiterung, dann finden sich diese Überlegungen nicht bestätigt, da die Ostdeutschen der Osterweiterung in gleichem Maße zustimmen wie die Westdeutschen. Unterschiede finden sich aber in den geäußerten Sorgen: Es gibt hier keinen Bereich, in dem die Ostdeutschen nicht ein höheres Sorgenniveau erreichen würden als die Westdeutschen. Insofern sind die Deutschen im Ausmaß der Angst noch nicht vereint. Ostdeutsche sorgen sich mehr als Westdeutsche insbesondere vor einem Anstieg der Arbeitslosigkeit insgesamt und einer eigenen Arbeitslosigkeit, vor der Zunahme von Ungleichheit, vor dem Anstieg des Preisniveaus und vor schwindenden politischen Einflussmöglichkeiten. Damit lässt sich folgern, dass es im Wesentlichen die wirtschaftlichen Veränderungen sind, die die Ostdeutschen ängstigen, d.h. insbesondere hier sind Ost- und Westdeutsche noch unvereint.

Grenznah vs. grenzfern – nur in Westdeutschland eine wichtige Differenz

Für die grenznahen Regionen gilt im Prinzip dasselbe wie für Ostdeutschland. Zunächst erscheinen diese Gebiete einem höheren Veränderungsdruck zu unterliegen als weiter im Landesinneren liegende Gebiete (vgl. Heidenreich 1999). Grenzüberschreitende Mobilität ist hier wahrscheinlicher. Im Fall der deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenzregionen existiert zugleich ein hoher Statusunterschied, die deutsche Seite ist wirtschaftlich stärker, die tschechische und polnische Seite ist zwar wirtschaftlich schwächer, aber nichtsdestotrotz aufgrund diverser wirtschaftspolitischer Regelungen attraktiv (was gerade dann für Investoren ent-

scheidend ist, wenn Grenzen wegfallen). Die ungleiche Statusrelation könnte auf deutscher Seite zu erhöhter Distanz gegenüber der Erweiterung führen, da man mehr zu verlieren hat.

Wie sich jedoch zeigt, spielt die Unterscheidung nur in Westdeutschland eine Rolle. Die Bewohner der bayerischen Grenzregionen stimmen nur noch zu knapp über 50% der Erweiterung zu, und sie sind weit seltener für einen Beitritt der Tschechischen Republik und Polens zur EU als die Ostdeutschen. In Bezug auf die Sorgen gleichen sie sich in den meisten Bereichen dem hohen ostdeutschen Niveau an. Von den ostdeutschen Grenzlandbewohnern erwarten 78% einen Anstieg der Arbeitslosigkeit, in der bayerischen Grenzlandregion sind es 76%. Nicht mehr in allen Sorgen stehen die Ostdeutschen über den Westdeutschen, so u.a. bei der Kriminalität (69% Zustimmung in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen, 72% in Bayern). Obwohl die Bewohner der bayerischen Grenzregionen also in der Regel mehr Sorgen haben als die restlichen Westdeutschen und sich damit den Ostdeutschen in ihren Einschätzungen nähern, gibt es vor allem im wirtschaftlichen Bereich noch signifikante Unterschiede. Grenzlandbewohner im Osten sorgen sich demnach etwas häufiger vor zunehmender Ungleichheit, steigenden Preisen, sinkenden Einkommen und eigener Arbeitslosigkeit. Es ergibt sich letztlich mit Blick auf das Ausmaß an Sorgen und die Wohnregion folgende Reihung: Am geringsten sind die Sorgen in westdeutschen Nicht-Grenzregionen, die anderen drei Gruppen (Ostdeutsche in grenzferneren Gebieten, westdeutsche Grenzlandbewohner, ostdeutsche Grenzlandbewohner) folgen mit sehr ähnlich lautenden Einschätzungen danach.

Desintegration – nicht immer Anlass für Sorgen

Für die Einschätzung der Erweiterung wichtiger als regionale Faktoren sind aber persönliche Faktoren, wie anhand komplexerer statistischer Auswertungen belegt werden kann (vgl. Tabelle 1). Zwei Bereiche lassen sich dabei unterscheiden: Einerseits geht es um Persönlichkeitsmerkmale, andererseits um persönliche Lebensumstände. Letztere lassen sich, wie bereits erwähnt, zu drei Integrations- bzw. Desintegrationsdimensionen zusammenfassen. Die „funktionale Systemintegration“ lässt sich z.B. über eine eventuelle Arbeitslosigkeit oder die Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage erfassen. Für die eigene Arbeitslosigkeit findet sich aber überhaupt kein Einfluss auf die Einstellungen zur Osterweiterung und zu diesbezüglichen Sorgen. Eine schlechte wirtschaftliche Lage erhöht hingegen die Wahrnehmung, dass die Erweiterung etwas Bedrohliches in sich birgt und deshalb mit Sorgen zu betrachten ist. Ebenfalls unbedeutend sind die Ergebnisse zur „expressiven Sozialintegration“, die über die Einschätzung der Qualität von persönlichen Beziehungen abbildbar ist. Personen, die von einer schlechteren Integration in ihr soziales Umfeld berichten, haben kaum größere Ängste vor der Erweiterung. Am ausgeprägtesten sind die Befunde zur „interaktiven Sozialintegration“: Personen wurden gefragt, ob sie der Meinung sind, dass in Deutschland der Einfluss auf die Regierung gering und daher ein politisches Engagement im Prinzip sinnlos ist. Wenn Befragte sich als desintegriert in dem Sinne bezeichnen, dass sie von politischen Ohnmachtserfahrungen berichten, dann ist eine negativere Einstellung zur Erweiterung sowie ein höheres Sorgenniveau die Konsequenz.

Die Befunde lassen sich dahingehend deuten, dass weniger die aktuelle Desintegrationssituation für die Einschätzung der Osterweiterung eine Rolle spielt, sondern dass im Zuge der Erweiterung Potenziale für weitere Desintegration geschaffen werden. Wer also derzeit in problematischen persönlichen Umständen lebt, der ist nicht notwendig negativ gegenüber der Erweiterung eingestellt; wer aber derzeit in weniger problematischen Umständen lebt, der könnte vielleicht in Zukunft Gefahr laufen, im Zuge von weiteren Umstrukturierungen zu den ‚Verlierern‘ zu gehören. Um die Beziehung zwischen aktueller und zukünftiger Desintegration abschließend zu untersuchen, wären weitere Forschungen notwendig, die u.a. eine Wiederbefragung einschließen müssten. Wir können bislang nur konstatieren, dass Desintegration nicht direkt in den Pessimismus führt, also nicht immer Anlass zur Sorge ist.

Angst vor der Osterweiterung – eine Sache der Persönlichkeit!

Für die Persönlichkeitsmerkmale finden sich die stärksten und konsistentesten Effekte. Die positive Einstellung zur Erweiterung wird durch einen höheren Bildungsabschluss (Abitur), eine deutliche Europa-Identifikation und einen eher linken politischen Standpunkt verstärkt. Hinzu kommt, dass Frauen leicht negativer eingestellt sind, ältere Befragte positiver. Dieser letzte Befund überrascht ein wenig. In näheren Analysen konnte festgestellt werden, dass dieser Effekt hauptsächlich auf die älteren Befragten in Ostdeutschland zurückgeht. Es hat den Anschein, dass diese Teilgruppe aufgrund einer in DDR-Zeiten etablierten Verbindung zu den sozialistischen Bruderländern das Beitrittsbegehren von Polen und der Tschechischen Republik als besonders legitim erachtet.

Tab. 1: Die Ursachen der Einstellung zur EU-Osterweiterung und der diesbezüglichen Sorgen
(Anzahl Befragte: 1008; Lineare Regressionsanalysen)

Ursachen	Einstellungen	positivere Einstellung zur EU-Osterweiterung	größere Sorgen bezüglich der EU-Osterweiterung
<i>Regionale Faktoren</i>			
westdeutsch, keine Grenzregion		0	-
<i>Persönliche Lebensumstände</i>			
Arbeitslosigkeitserfahrung		0	0
schlechte wirtschaftliche Lage		0	++
geringe soziale Integration		0	0
hohe politische Ohnmachtserfahrung		--	+++
<i>Persönlichkeitsmerkmale</i>			
höheres Alter		++	0
weibliches Geschlecht		-	0
Abiturbildung		+	--
vorhandene Europa-Identifikation		+++	--
linker politischer Standpunkt		++	--
hoher Alarmismus		0	+++

- = leichte Verringerung, -- = mittlere Verringerung, + = leichte Steigerung, ++ = mittlere Steigerung, +++ = hohe Steigerung, 0 = kein Einfluss

Für die Schulbildung, die Identifikation und die politische Selbsteinschätzung ergibt sich spiegelbildlich eine Reduzierung der Sorgen, wobei ein weiterer Persönlichkeitsfaktor hier den Ausschlag gibt, der ‚Alarmismus‘. Diese Variable stellt eine Art persönliche Disposition von Menschen dar, Phänomene als besorgniserregend, als alarmierend einzustufen (vgl. Boehnke u.a. 1998). Wenn Menschen generell dazu neigen, sich Sorgen zu machen, dann sehen sie auch die Zukunft der EU pessimistischer. An zwei Beispielen lässt sich die Wirkung des ‚Alarmismus‘ sehr anschaulich verdeutlichen: Während nur etwas über 40% der Personen mit geringem ‚Alarmismus‘ einen Anstieg der Arbeitslosigkeit erwarten, so erwarten fast 90% der Personen mit hohem ‚Alarmismus‘ eben diese Folge. Ähnlich drastisch sind die Ergebnisse bei der Kriminalität, wo wiederum etwas über 40% knapp 80% gegenüber stehen. ‚Alarmismus‘ hat nicht unbedingt etwas mit der Erweiterung zu tun, aber solch eine Disposition prägt doch entscheidend die Wahrnehmung dieses Schrittes mit. Die anderen Faktoren stehen mehr oder weniger in direkter Beziehung zur EU, was sie zum Ansatzpunkt für Bildungsmaßnahmen machen könnte. Doch bevor wir zu den praktischen Implikationen der Befunde Stellung beziehen, soll noch ein kurzer Blick über die Grenze geworfen werden.

Die Meinungen der Polen und Tschechen – den Deutschen recht ähnlich

In den Referenden im Jahr 2003 haben sich sowohl Polen als auch Tschechen mehrheitlich für die Erweiterung ausgesprochen. Es stimmten über drei Viertel der Bevölkerungen diesem nach Ende der realsozialistischen Ära wohl wichtigsten Schritt zu. Diese hohe Zustimmung zeigt sich auch in den von uns kurz nach den Referenden durchgeführten Befragungen in den Grenzregionen der beiden Länder. Zugleich wiederholt sich in diesen Gebieten das auch in Deutschland gegebene Bild der Gleichzeitigkeit von Erweiterungsbereitschaft und Erweiterungssorgen.

Die Sorgen unterscheiden sich dabei erstaunlicherweise nicht von denen in Deutschland. Auch in Polen und der Tschechischen Republik werden eventuell drohende wirtschaftliche Veränderungen am stärksten gefürchtet. Im Vordergrund steht dabei die Angst vor steigenden Preisen: Etwas über 70% der Tschechen und 85% der Polen äußerten sich hier zustimmend. Auf dem zweiten Platz folgt die Zunahme von Ungleichheit, danach steigende Arbeitslosigkeit und die Abwanderung von Firmen. Die zuletzt genannten Sorgen beziehen sich auf die Erwartung, dass die Ausdehnung der Wohlfahrts- und Stabilitätszone EU die Arbeit in den Beitrittsländern teurer machen wird, einfachere Tätigkeiten könnten dann noch weiter nach Osten (u.a. Ukraine, Weißrussland) verlagert werden. Eine geringere Rolle spielen politikbezogene Veränderungen, wobei vor allem die Brüsseler Bürokratie ihre Schatten vorauswirft: Etwa 58% der Tschechen und 73% der Polen haben diesbezüglich ernste Bedenken.

Drei interessante Befunde sollten zusätzlich Erwähnung finden. Erstens haben die kulturbezogenen Ängste in beiden Ländern einen etwas höheren Stellenwert als in Deutschland. Die Hälfte der Polen und etwas mehr als ein Drittel der Tschechen sind der Meinung, dass der Beitritt die eigenen Standards gefährden könnte. Dies spiegelt u.a. die große Bedeutung der eigenen Nationalität wieder; die Angst vor

einer ‚Überfremdung‘ könnte sich über kurz oder lang zu einem echten Integrationshemmnis entwickeln. Zweitens sind die Polen in jeder Hinsicht hervorstechend: In nahezu allen Bereichen äußern sie die größten Sorgen; gleichzeitig sind es gerade auch die Polen, die mit der Erweiterung die größten Hoffnungen verbinden. Dieses Paradox lässt sich vielleicht lösen, wenn man kurzfristige von langfristigen Folgen trennt. Mit unseren Daten lässt sich dies zwar nicht abschließend belegen, wahrscheinlich aber ist, dass Polen kurzfristige Verwerfungen zu erwarten hat, langfristig aber keine Alternative zur Erweiterung besteht. Viele strukturelle Probleme beim Übergang von einer agrarisch geprägten Gesellschaft zur Wissensgesellschaft lassen sich nicht ohne die Hilfe der EU lösen. Drittens schließlich sind es zwar wie in Deutschland vor allem die Persönlichkeitsmerkmale, die das Sorgenniveau erklären, eine entscheidende Ausnahme existiert aber in der Tschechischen Republik: Hier speist sich der EU-Skeptizismus primär aus einer linken politischen Orientierung. Dies ist darauf zurückzuführen, dass zumindest die gemäßigte Rechte in Tschechien weniger nationalistisch ist als anderswo. Die politische Linke pocht hingegen stärker auf die Einzigartigkeit der tschechischen Nation und betrachtet deshalb die Osterweiterung eher als nationale Bedrohung und weit weniger als Chance. Diese Einschätzung resultiert insbesondere aus einer deutschlandkritischen Haltung (Mildenberger 2002, S. 7). Links und rechts zu sein bedeutet mit Blick auf die EU in der Tschechischen Republik etwas anderes als in Deutschland.

Schlussfolgerungen

Wie so häufig bei gesellschaftlichem Wandel scheint auch in Bezug auf die Osterweiterung zu gelten: ‚Das Eine ist nicht ohne das Andere zu haben‘. Wer eine Integration der europäischen Nationalstaaten zu einem eng kooperierenden Staatenbund wünscht, und gute Gründe hierfür gibt es zuhauf, der muss auch mit entsprechenden Ressentiments und Ängsten unter der Bevölkerung rechnen. Ängste spielen im emotionalen Haushalt der Menschen eine wichtige Funktion, da sie uns davor schützen, unkalkulierbare Risiken einzugehen. Wir hätten uns sicherlich gewundert, wenn wir keine Ängste und Sorgen gefunden hätten. Da Sorglosigkeit aber nicht unser Befund ist, gilt es, das tatsächliche Meinungsbild richtig zu interpretieren.

Zunächst ist festzuhalten, dass es keinen Grund für Schwarzmalerei gibt. Obwohl in allen drei untersuchten Gebieten eine Art nationaler Skeptizismus vorherrscht, d.h. das vor allem die Nation als ‚Verlierer‘ erscheint, so charakterisiert dies im Prinzip nur die wirtschaftliche Seite; im Bereich der Verteilung der Arbeit und des Wohlstands erwarten unsere Befragten mehrheitlich negative Entwicklungen. Auch wenn die Wirtschaft eine Art Basis der Gesellschaft darstellt, so ist sie doch nicht alles. Problematische Entwicklungen in diesem Bereich können u.a. durch die sozialen Sicherungssysteme zumindest vorübergehend ausgeglichen werden. Beruhigend ist darüber hinaus, dass nach den Veränderungen im konkreten Lebensumfeld gefragt, die Deutschen, Tschechen und – etwas weniger – auch die Polen weit geringere Ängste äußern.

Dennoch lassen sich einige Befunde auch weniger erfreulich deuten, was anhand von drei Beispielen dargelegt werden kann. Unsere Analysen konnten einerseits zeigen, dass sich die Meinungen insbesondere in den tschechischen und den

westdeutschen Grenzregionen sehr ähnlich sind, d.h. die Befragten äußerten sich tendenziell weniger sorgenvoll, aber auch weniger hoffnungsvoll. Dies deutet unserer Meinung darauf hin, dass der bayerisch-tschechischen Grenzregion aus politischer Perspektive mehr Beachtung zu schenken ist, damit hier nicht in einer Art Skepsis-Spirale die Chancen der Erweiterung vollkommen aus den Augen geraten. Dies belegen auch Workshops, die – finanziert von der Europäischen Union – in dieser Region von der dritten Autorin zum Thema EU-Osterweiterung durchgeführt wurden. Andererseits zeigte sich, dass sich die Ursachen von Sorgen am besten durch Persönlichkeitsfaktoren erklären lassen. Diese Faktoren sind aber Resultat eines längeren Sozialisationsprozesses. Einfache Maßnahmen, die das Ansehen der Europäischen Union bzw. der aktuellen oder auch zukünftigen Erweiterungsrunde steigern sollen, existieren damit nicht. Man hat es mehr oder weniger mit einem Generationeneffekt zu tun. Insbesondere die heute aufwachsende Generation muss deshalb bereits in Kindergarten und Schule erfahren, dass diese Schritte sinnvoll sind; sie muss in einem Klima aufwachsen, dass die Qualität dieser historisch einmaligen Veränderungen herausstellt. Dafür sind nicht immer ausgefeilte Argumentationen notwendig. Es gilt vielmehr, gerade die gefühlsmäßige Komponente anzusprechen, die eine Identifikation mit Europa aufzubauen hilft. Hierzu ist es u.a. sinnvoll, mit ausgewählten Symboliken zu arbeiten. Die Verabschiedung einer Europäischen Verfassung mag zwar umstritten sein, von ihr dürfte aber eine starke symbolische Kraft ausgehen, die Identität zu stiften imstande ist. Mit einer dritten Deutung wollen wir uns im letzten Abschnitt etwas ausführlicher beschäftigen.

3. Die Osterweiterung – Mobilisierungsschub für rechte Einstellungen?

Während bislang die Ursachen der Ängste im Vordergrund standen, kann auch über ihre möglichen Folgen spekuliert werden. Hoffnungsvolle Stimmen gehen davon aus, dass die Erweiterung der Europäischen Union die Grundlagen interkultureller Zusammenarbeit verbessert, gegenseitige Verständigung fördert und Stereotype und Vorurteile abzubauen hilft. Diese dezidiert optimistische Perspektive ist sicherlich wünschenswert, nicht aber notwendig auch realistisch. Positive und negative Folgen der Erweiterung sind in dieser frühen Phase immer noch gleich wahrscheinlich. Es gibt, so könnte man sagen, noch keinen richtigen Fahrplan für eine gelingende Erweiterung; diesen Fahrplan bestimmen vielmehr die Insassen selbst. Obwohl die Gefahren der Erweiterung bislang in der Öffentlichkeit ausreichend Gehör gefunden haben, so sind die im Folgenden vorgestellten Gedanken zur möglichen Mobilisierung fremdenfeindlichen Denkens und Handelns kaum Gegenstand der Diskussion.

Die Überlegungen zu den Ursachen dieses sozialen Problembereichs lassen sich grob zu zwei Perspektiven bündeln: Kompensation versus Konflikt (Rippl 2003). Kompensation bezeichnet dabei einen psychischen Prozess, nach dem negative Erfahrungen auf Dritte ‚abgewälzt‘ werden. In der Psychoanalyse ist dies als Projektion bekannt. Dieser Mechanismus ist kennzeichnend für autoritäre Persönlichkeiten, die als Konsequenz der selbst erlebten Unterdrückung Frustrationen und Aggres-

sionen auf Schwächere verschieben. Die Schwächeren sind meist Personengruppen, die in der Gesellschaft einen geringeren Status besitzen, d.h. meist Ausländer und sonstige Fremde. Mit der Umdeutung und Verlagerung der Verantwortlichkeiten wird eine klare Struktur in der Lebenswelt hergestellt, eine Aufteilung der Welt in ‚gute Deutsche‘ und ‚schlechte Ausländer‘ schafft ein Ordnungsschema. Die Ablehnung der Ausländer wird also nicht von diesen selbst ausgelöst, sondern ist eine Kompensation für vorhandene eigene Probleme. Empirische Befunde zur Gültigkeit der Beziehung zwischen Autoritarismus und Fremdenfeindlichkeit sind zahlreich (vgl. Rippl/Seipel/Kindervater 2000).

Im Gegensatz zu solch einer Defizitargumentation betont die Konflikt-Perspektive, dass mit zunehmender Immigration die Konkurrenzen um knappe Ressourcen zunehmen. Wenn eine Einwanderungsgruppe eine bestimmte Größe erreicht, dann stellt sie für die Gruppe der autochthonen, also der einheimischen Bevölkerung eine ernstzunehmende Bedrohung dar, was zu Verteilungskonflikten führen könnte. In dieser Argumentation wird die Ebene der Persönlichkeit verlassen und es spielen soziale Identitäten eine Rolle. Dabei könnte man die Konfliktperspektive als eine Art Intergruppen-Kompensations-Perspektive umschreiben: Um zu vermeiden, dass es der eigenen Gruppe schlechter geht, wird die fremde Gruppe systematisch abgewertet. Zwei zentrale Überlegungen sind für die Konfliktperspektive wichtig: Erstens ist es nicht notwendig, dass es tatsächlich Interessen- oder Verteilungskonflikte zwischen den Beteiligten gibt, ausreichend ist bereits die Wahrnehmung zusätzlicher Konkurrenzen, die man als Bedrohung bezeichnen kann. Zweitens können diese Konkurrenzen in verschiedener Hinsicht artikuliert werden. Entsprechend der Bedrohungs-Theorie von Stephan und Stephan (2000) sind zumindest realistische von symbolischen Bedrohungen zu unterscheiden. Mit ersteren sind Faktoren gemeint, die die faktische Existenz der Eigengruppe in Frage stellen, d.h. ihre politische und wirtschaftliche Macht und ihr physisches und materielles Wohlbefinden. Unter den symbolischen Bedrohungen werden die wahrgenommenen Unterschiede in den moralischen Standards, Wertorientierungen und Sitten der beteiligten Gruppen bezeichnet. Empirisch konnten auch diese konflikttheoretischen Überlegungen bereits bestätigt werden (vgl. Rippl 2003).

Was bedeutet dies aber in der Situation der Osterweiterung? In beiden theoretischen Konzeptionen (Kompensation und Konflikt) würde der Osterweiterung als Anzeichen eines sozialen Wandels der Stellenwert eines kritischen Ereignisses, eines Auslösers zuteil. Neuere Arbeiten der Autoritarismusforschung konstatieren, dass derartige ‚Großereignisse‘ – wozu u.a. auch die deutsch-deutsche Vereinigung im Jahr 1990 zu zählen ist – Persönlichkeitseigenschaften quasi aktivieren (vgl. Oesterreich 1996). Es ist dabei nicht mehr von der autoritären Persönlichkeit, sondern von der autoritären Reaktion die Rede: Die Übernahme von Vorurteilen ist eine Flucht in Sicherheit und Ordnung in einer Zeit, in der sich Sicherheit und Ordnung aufzulösen scheinen.

Auch in konflikttheoretischer Hinsicht lässt sich vermuten, dass die Osterweiterung ein Potenzial für die Ausbildung diskriminierender Einstellungen bereithält. In den Medien wurde hinlänglich darüber berichtet, dass der ökonomische Status der Deutschen unter der Verlagerung von Arbeitsplätzen leiden könnte. Führende deutsche Industrievertreter sprachen sich sogar für eine solche Strategie aus, da osteuropäische Arbeitnehmer mittlerweile genauso gut gebildet und teilweise motivierter

als die Deutschen sind, und nicht zuletzt für weit geringere Entgelte arbeiten. Dies macht nicht nur die Auslagerung einfacher, sondern auch anspruchsvoller Tätigkeiten lohnend, zumal steuerliche Vorteile in den Beitrittsländern locken. Auch der politische Einfluss der Deutschen dürfte weiter zurückgehen, da sich die Anzahl der EU-Angelegenheiten mitbestimmenden Länder um zwei Drittel erhöht. Was die symbolische Dimension anbelangt, so sind die Differenzen der Beitritts- zu den mitteleuropäischen Ländern vielleicht nicht ganz so groß wie zur Türkei. Aber die noch kurze demokratische Tradition, das weitverbreitete Nationalgefühl und andere kulturelle Mentalitäten (z.B. Familienbild, Rolle der Frau) stellen doch einen gewissen Gegensatz und damit eventuell auch eine Bedrohung für die bisherigen EU-Länder dar. Dies vergegenständlicht sich u.a. im ständigen Streit um die so genannten Benes-Dekrete und deren ‚Rücknahme‘; obwohl hinter dem zwischen den Sudenteutschen und Tschechen existierenden Streit wohl auch handfeste ökonomische Interessen stecken, handelt es sich doch hier in erster Linie um eine kulturelle Auseinandersetzung, die auf tschechischer Seite auf eine Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit hinweist, die in Deutschland bereits stattgefunden hat.

Die gesamten öffentlich geführten Debatten schlagen sich, wie im vorherigen Abschnitt gezeigt, in den Meinungen der Menschen nieder. Es entsteht der Eindruck, dass es sich bei der Osterweiterung um ein Nullsummenspiel handelt, von dem Deutschland auf keinen Fall profitieren wird. Nimmt man die Perspektive der Beitrittsländer hinzu, in denen die Sorgen auch die Hoffnungen überwiegen, so könnte sogar von einem Negativ-Summen-Spiel die Rede sein, d.h. es profitiert keines der beteiligten Länder von der Erweiterung. Eine zu sehr auf Konflikte abhebende Einschätzung – und die Meinungsbilder in den betrachteten Ländern legen diese Sichtweise für die Nationenebene nahe – wird die Wahrnehmung gegenseitiger Ressourcenkonkurrenz erhöhen (auch wenn diese faktisch nicht existieren). Das hat zur Folge, dass Abschließungstendenzen zwischen den beteiligten sozialen Akteuren zunehmen; Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit lassen sich dann unter Bezug auf die vorgestellten sozialpsychologischen und soziologischen Annahmen unschwer prognostizieren. Ob die Osterweiterung aber tatsächlich als ein Mobilisierungsschub für rechte Einstellungen wirkt, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden; hierzu sind weitere Analysen nötig, die wir anhand der erhobenen Projektdaten durchführen werden.

Es ist zwar nicht zu verhindern, dass die Erweiterung einen Wandel der bisherigen Verhältnisse auslöst, der Umgang mit diesen Veränderungen ist jedoch sozial gestaltbar. Zugleich müssen wir wachsam sein gegenüber jenen Stimmen, die mit der Erweiterung Stimmung zu machen versuchen. Die Erweiterung ist nicht der Gegenstand, um damit instrumentell politische Ziele durchzusetzen. Sie ist eingebunden in einen komplexen sozialen Zusammenhang, der recht schnell auch in die ‚falsche‘ Richtung kippen kann. Um dies zu verhindern und die Erweiterung wirtschaftlich, politisch, sozial und kulturell als eine Erfolgsgeschichte zu schreiben, ist ein reflektierter Umgang mit ihr geboten.

Anmerkungen

- 1 Das Projekt „Die EU-Osterweiterung als Mobilisierungsschub für rechte Einstellungen? Desintegrationsängste und Hoffnungen: Eine Ursachenanalyse auf der Basis kulturvergleichenden

der Repräsentativerhebungen“ (Leitung: Susanne Rippl, TU Chemnitz; Klaus Boehnke, International University Bremen) ist Teil des interdisziplinären Forschungsverbundes „Stärkung von Integrationspotentialen einer modernen Gesellschaft“, der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Zeitraum 2002 bis 2005 gefördert und von Wilhelm Heitmeyer (Universität Bielefeld) geleitet wird. Im Rahmen dieses Projekts wurden u.a. deutschlandweit 1008 zufällig ausgewählte Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft im Alter zwischen 14 und 90 Jahren so detailliert wie in keiner anderen vorliegenden Repräsentativerhebung zu ihren Einstellungen bezüglich der vierten Erweiterung befragt. Die Befragung wurde im Juni/Juli 2003 durchgeführt

Literatur

- Bach, M.: Beiträge der Soziologie zur Analyse der europäischen Integration. Eine Übersicht über theoretische Konzepte. In: Loth, W./Wessels, W. (Hrsg.): Theorien europäischer Integration. Opladen 2001, S. 147-176.
- Boehnke, K./Schwartz, S./Stromberg, C./Sagiv, L.: The structure and dynamics of worry: Theory, measurement, and cross-national replications, in: Journal of Personality 1998, Jg. 66, Nr. 5, S. 745-782.
- Heidenreich, M.: Grenzregionen. Entwicklungschancen und –barrieren zwischen West- und Mitteleuropa. In: Fuchs, G./Krauss, G./Wolf, H.-G. (Hrsg.): Die Bindungen der Globalisierung, Marburg 1999, S. 136-161.
- Heidenreich, M.: Territoriale Ungleichheiten in der erweiterten EU, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2003, Jg. 55, Nr. 1, S. 1-28.
- Heitmeyer, W./Anhut, R.: Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. In: Heitmeyer, W./Anhut, R. (Hrsg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Weinheim 2000, S. 17-76.
- Junge, M.: Sammelbesprechung: Die Welt als Schweizer Käse – Neue Literatur zur Globalisierung. In: Soziologische Revue 2001, Jg.24, Nr.4, S. 444-453.
- Mildenberger, M.: Die Europadebatte in Politik und Öffentlichkeit der ostmitteleuropäischen EU-Kandidatenländer, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2002, Nr. 2-2, S. 3-10.
- Oesterreich, D.: Flucht in die Sicherheit. Zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion. Opladen 1996.
- Piazolo, D.: Entwicklungsunterschiede innerhalb einer erweiterten EU. Herausforderungen und Chancen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2002, Nr.1-2, S. 11-22.
- Rippl, S.: Zur Erklärung negativer Einstellungen zur Zuwanderung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2003, Jg. 55, Nr. 2, S. 231-252.
- Rippl, S./Seipel, C./Kindervater, A. (Hrsg.): Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung. Opladen 2000.
- Rothacher, A.: Die EU 25. Chancen, Risiken und politische Folgen der EU-Osterweiterung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2004, Nr. 5-6, S. 25-34.
- Scheuch, E.K.: Theorien des sozialen Wandels. Wiesbaden 2003.
- Stephan W.S./Stephan, C.W.: An integrated threat theory of prejudice. In: Oskamp, S. (Ed.): Reducing prejudice and discrimination. Mahwah 2000, S. 23-46.
- Weiß, S.: Die Erweiterung aus Sicht der Beitrittskandidaten. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Der Bürger im Staat. Die Osterweiterung der EU 2004, Jg. 54, Nr. 1, S. 11-16.
- Westle, B.: Europäische Identifikation im Spannungsfeld regionaler und nationaler Identitäten. Theoretische Überlegungen und empirische Befunde, in: Politische Vierteljahresschrift 2003, Jg. 44, Nr. 4, S. 453-482.

